

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	23
-------------------------	----

Erster Teil

Innenrechtsstreitigkeiten und ihr Vergleich	34
--	----

§ 1 Der Begriff des Innenrechtsstreits	34
---	----

I. Innenrechtsstreitigkeiten und Organstreitigkeiten	34
--	----

II. Die Unterscheidung von Außen- und Innenrecht	35
--	----

1. Die historische Entwicklung, insb. die sog. Impermeabilitätstheorie ..	36
---	----

2. Die heutige Bedeutung der Unterscheidung	40
---	----

3. Stellungnahme	43
------------------------	----

III. Die Rechtssubjektivität der Organisation	51
---	----

1. Der traditionelle Begriff der Rechtsfähigkeit	51
--	----

2. Die Lehre von der Relativität der Rechtsfähigkeit	54
--	----

a) Der Inhalt der Lehre	54
-------------------------------	----

b) Rechtsfähigkeit und Rechtssubjektivität	56
--	----

c) Die Rezeption im öffentlichen und im Zivilrecht	57
--	----

3. Rechtssubjektivität und Rechtspersönlichkeit	61
---	----

IV. Zwischenergebnis	64
----------------------------	----

§ 2 Vergleichbarkeit des Innenrechtsstreits	68
--	----

I. Die Rechtsbereiche öffentliches und privates Recht	70
---	----

II. Die Unterscheidung von Organisationen öffentlichen und privaten Rechts	71
---	----

1. Die materiellen Abgrenzungskriterien	72
---	----

a) Die Innehabung hoheitlicher Gewalt.....	73
b) Die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben und Interessen.....	73
2. Das formelle Abgrenzungskriterium.....	80
3. Die historische Entwicklung der Unterscheidung.....	83
III. Zwischenergebnis	85

Zweiter Teil

Innenrechtssubjekte 90

§ 3 Das Organ	90
I. Überblick und Terminologie.....	90
II. Der Meinungsstand im öffentlichen Recht.....	93
1. Die Entwicklung des Organbegriffs.....	93
a) Der Organbegriff Wolffs	93
b) Die Kritik am Organbegriff: Die Organisation als Zurechnungseinheit.....	94
c) Die Relativität der Organschaft	96
2. Die Zurechnungsendsubjektivität der Organe	97
III. Der Streitstand im Zivilrecht	99
1. Das traditionelle Organverständnis.....	100
2. Neuere Ansätze auf dem Boden der Lehre von der Teilrechtsfähigkeit.....	103
IV. Stellungnahme	107
§ 4 Die Mitglieder	111
I. Der Streitstand im öffentlichen Recht.....	111
1. Streitigkeiten um die Zulässigkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid.....	111
a) Ausdrückliche landesgesetzliche Regelungen	113
b) Die Rechtslage ohne ausdrückliche gesetzliche Vorgaben – Der Streitstand.....	114
aa) Die Organqualität der Vertretungspersonen.....	115
bb) Das Bürgerbegehren als Entscheidungsträger	116

cc) Bürgerbegehren und Bürgerentscheid als Bündelung bürger- schaftlicher Mitwirkungsrechte im Außenverhältnis.....	118
2. Die Abwehrklage des Bürgers	121
a) Die Entwicklung der Rechtsprechung	122
b) Kritik und alternative Begründungsansätze	126
3. Zusammenfassung	132
II. Der Streitstand im Zivilrecht	134
1. Streitigkeiten um Hauptversammlungskompetenzen	135
2. Die Abwehrklage des Gesellschafters.....	137
a) Die Abwehrklage als Gesellschafterklage	137
b) Die abgeleitete Gesellschafterklage	140
c) Die Gesellschafterklagen aus eigenem Recht	144
aa) Die deliktsrechtlichen Modelle	144
bb) Die verbandsrechtlichen Modelle.....	145
(1) Der verbandsrechtlich-organschaftliche Lösungsansatz..	146
(2) Der verbandsrechtlich-mitgliedschaftliche Lösungsan- satz.....	149
d) Integrative Lösungsmodelle durch Einbeziehung von Organ- und Mitgliederklagen	153
3. Zusammenfassung	157
III. Stellungnahme	159
1. Die Abgrenzungsstrategien: Organbegriff oder Interessenschutz	160
a) Die Rechtslage bei Organstreitverfahren auf Bundes- und Lan- desverfassungsebene.....	160
b) Abgrenzung anhand eines formellen und apersonalen Organbe- griffs	165
c) Die funktionale Unterscheidung anhand der Interessenlage.....	167
2. Das Mitglied und seine Mitwirkungsrechte.....	171
a) Zur Vergleichbarkeit	171
aa) Die Mitgliedschaft in privaten und in öffentlich-rechtlichen Verbänden.....	171
bb) Die Relativierung der Mitgliedstellung des Aktionärs	173

b)	Die Ausgestaltung der Mitwirkungsrechte	174
aa)	Die Behandlung der Mitgliedschaftsrechte im Zivilrecht.....	175
bb)	Die Behandlung der Mitgliedschaftsrechte im öffentlichen Recht	176
(1)	Das Wahlrecht in der Status-Lehre Jellineks	178
(2)	Der Wähler als Inhaber eines apersonalen Amtes?	180
3.	Die Tauglichkeit der Abgrenzungskriterien.....	182
a)	Die Abgrenzung anhand eines formellen, apersonalen Organ- begriffs	182
aa)	Das mitgliedschaftliche Wahl- und Stimmrecht auf der Schnittstelle von Herrschaft und individueller Freiheit.....	183
bb)	Ergebnis: keine apersonale Anknüpfung mitgliedschaftli- cher Mitwirkungsrechte.....	189
b)	Die funktionale Abgrenzung anhand der Interessenbindung.....	191
c)	Ergebnis	192
§ 5	Die Organmitglieder	195
I.	Streitstand im öffentlichen Recht.....	196
1.	Einführung.....	196
a)	Die Trennung von Amt und Amtswalter	196
b)	Die Beteiligtenfähigkeit im Rahmen des Organstreits.....	197
2.	Die Anknüpfung an ein institutionalisiertes apersonales internes Funktionssubjekt	201
3.	Die Entwicklung zu einer personalen Anknüpfung	204
II.	Streitstand im Zivilrecht	212
1.	Einführung.....	213
a)	Die rechtlichen Beziehungen des Organmitglieds zu Organisa- tion und Amt	213
b)	Die Parteifähigkeit im Organstreit.....	216
2.	Die personale Anknüpfung.....	218
a)	Die traditionelle Auffassung.....	219
b)	Die Vertreter eines neueren Organverständnisses	221

3. Die Anknüpfung an ein institutionalisiertes apersonales internes Funktionssubjekt	222
III. Stellungnahme	224
1. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse	224
2. Der prozessuale Testfall: Wechsel der natürlichen Person bei Innen- rechtsstreitigkeiten.....	227
a) Der Diskussionsstand zu Gemeinderats- und Aufsichtsratsmit- gliedern.....	228
aa) Der Personalwechsel bei Gemeinderatsmitgliedern	228
bb) Der Personalwechsel bei Aufsichtsratsmitgliedern	231
b) Die prozessualen Konsequenzen einer apersonalen Anknüpfung	232
aa) Die permanent existenten Funktionssubjekte.....	232
(1) Das Beispiel Bundestag bzw. Landtag.....	233
(2) Übertragbarkeit auf sonstige Innenrechtsstreitigkeiten	235
bb) Die periodisch existenten Funktionssubjekte.....	238
(1) Das Beispiel der Fraktion.....	239
(2) Übertragbarkeit auf sonstige Innenrechtsstreitigkeiten	241
c) Die prozessualen Konsequenzen einer personalen Anknüpfung..	243
aa) Der Abgeordnete zwischen Amt und Status.....	244
(1) Inkorporation des Abgeordneten in den Staat.....	247
(2) Die Pflichtenbindung des Abgeordneten	249
(3) Der Abgeordnete als Inhaber eines öffentlichen Status....	253
bb) Der Personalwechsel bei Abgeordneten.....	256
d) Übertragbarkeit der personalen Anknüpfung auf sonstige Innen- rechtsstreitigkeiten.....	262
aa) Die Übertragbarkeit auf Gemeinderatsmitglieder.....	263
(1) Die Anwendbarkeit parlamentsrechtlicher Grundsätze im kommunalen Bereich	263
(2) Grundrechte und Amtsprinzip.....	268
bb) Die Übertragbarkeit auf Aufsichtsratsmitglieder.....	269
3. Übertragbarkeit der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung zum Personalwechsel	271

a) Die objektive Funktion des verfassungsgerichtlichen Organstreitverfahrens.....	272
b) Gewaltenteilende Aspekte bei anderweitigen Innenrechtsstreitigkeiten.....	275
c) Ergebnis und prozessuale Konsequenzen.....	277

Dritter Teil

Rechtsschutzkonzeptionen für den Innenrechtsstreit	279
---	-----

§ 6 Innenrechtsstreitigkeiten als Streit um subjektive Rechtspositionen	280
I. Die besondere Problematik des subjektiven Rechtsschutzmodells.....	280
1. Das subjektive öffentliche Recht im herkömmlichen Sinn und seine Bedeutung.....	280
2. Andersartigkeit der Innenrechtspositionen	281
II. Ansätze im öffentlichen Recht.....	282
1. Subjektive Rechte im Innenbereich	283
2. Begründung der subjektiven Rechtsschutzkonzeption	284
a) Das Kriterium der Popularklage	284
b) Herleitung aus dem verfassungsrechtlichen Organstreit.....	285
3. Kriterien der Subjektivierung	287
a) Die Interessentheorien	287
b) Das Definitionselement „Interesse“ als Zwecksetzung.....	290
c) Die Kompetenz als entscheidendes Kriterium.....	295
d) Die Kritik an den rechtstechnischen Ansätzen	297
e) Grundrechtsanreicherung	299
f) Auffassung der Rechtsprechung	301
III. Ansätze im Zivilrecht.....	303
1. Subjektive Rechte im Innenbereich	303
2. Begründung der subjektiven Rechtsschutzkonzeption	306
3. Kriterien der Subjektivierung	308
IV. Zusammenfassung.....	312

§ 7 Innenrechtsstreitigkeiten als objektives Kontrollverfahren	314
I. Ansätze im öffentlichen Recht.....	314
II. Ansätze im Zivilrecht.....	316
1. Objektive Kontrolle im Wege des zivilgerichtlichen Organstreits.....	316
2. Die Beschlußkontrolle von Hauptversammlungsbeschlüssen.....	318
a) Der Funktionärsklagecharakter der Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen von Aktionären.....	320
b) Der Funktionärsklagecharakter der Klagen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern.....	324
3. Die Beschlußkontrolle von Aufsichtsratsbeschlüssen	325
III. Zusammenfassung.....	331
§ 8 Innenrechtsstreitigkeiten im Wege der Prozeßstandschaft	333
I. Ansätze im öffentlichen Recht.....	334
II. Ansätze im Zivilrecht.....	335
III. Zusammenfassung.....	340
§ 9 Stellungnahme zu den verschiedenen Konzeptionen des Innenrechtsstreits	342
I. Die prozeßstandschaftlichen Lösungen.....	342
II. Subjektives oder objektives Rechtsschutzmodell.....	346
1. Die vermeintliche Parallele zum Verfassungsorganstreit	346
2. Der Ausschluß der „Popularklage“.....	349
3. Die Funktion der Verwaltungsprozesses	352
4. Die Funktion des Zivilprozesses.....	355
III. Zwischenergebnis	356

Vierter Teil

Die Subjektivierung von Innenrechtspositionen	357
§ 10 Die herkömmlichen Kriterien des subjektiven Rechts	357
I. Das Kriterium des Individualinteressenschutzes.....	357
1. Interessenpluralität innerhalb von Organisationen	357

2. Eigene Interessen der Organe im Wege der Interessenrepräsentation	358
3. Das Interesse als rein menschliche Eigenschaft.....	360
4. Der Begriff des subjektiven Rechts als Ursprung des Widerspruchs..	362
5. Die generelle Tauglichkeit des Interessenkriteriums	366
II. Das Kriterium der Rechtsmacht	369
1. Zum veränderten Verhältnis von Kompetenz und subjektivem Recht	373
2. Die ermächtigende Norm.....	375
3. Die Zuordnung	381
§ 11 Der Zweck der Norm	384
I. Rechtssatz- und Grundrechtsabhängigkeit der subjektiven Rechte.....	386
1. Die Grundrechtsbindung des Gesetzgebers auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts.....	386
2. Die Grundrechtsbindung des Gesetzgebers auf dem Gebiet des Privatrechts.....	389
II. Innerorganisatorische Geltung der Grundrechte	392
1. Grundrechtsgeltung im Innenbereich staatlicher Organisationen	392
a) Grundrechtsgeltung in Sonderverbindungen	394
b) Grundrechtsschutz durch Organisation und Verfahren	396
2. Grundrechtsgeltung im Innenbereich zivilrechtlicher Organisationen	401
III. Auswirkungen innerorganisatorischer Grundrechtsgeltung	404
1. Der gesetzgeberische und richterliche Spielraum	404
2. Die Subjektivierung der Kompetenzordnung.....	406
3. Ergebnis.....	412

Fünfter Teil

Innerorganisatorische Streitkonstellationen – Zwei Streitfragen	417
§ 12 Die mitgliedschaftliche Abwehrklage.....	417
I. Die zwei Begründungswege der Abwehrklage	418
1. Die Begründung der Abwehrklage im öffentlichen Recht.....	418
2. Die Begründung der Abwehrklage im Zivilrecht.....	419

II. Der organisationsrechtliche Begründungsansatz	420
1. Allgemeines Abwehrrecht gegen gesetz- und satzungswidrigem Verbandshandeln	421
2. Abwehrklage bei Verletzungen von Mitgliedschaftsrechten	425
a) Rechtslage im öffentlichen Recht und im Zivilrecht	426
b) Stellungnahme	428
III. Der grundrechtlich-freiheitliche Ansatz	433
1. Die Begründung der Mitgliedschaft	434
2. Kompetenzverletzungen und -verlagerungen	435
a) Die dogmatische Erfassung mittelbar-faktischer Grundrechtsbeeinträchtigungen	436
b) Verbandsstruktur und Autonomie des Mitgliedes	438
c) Unterschreitung des Schutzminimums	440
IV. Ergebnis	444
§ 13 Rechtmäßigkeits- und Kompetenzkontrolle durch Organmitglieder	445
I. Streitstand im öffentlichen Recht	445
1. Organinterne Rechtmäßigkeitskontrolle durch Ratsmitglieder	447
a) Grundsatz: Keine objektive Rechtmäßigkeitskontrolle	447
b) Beispiele umstrittener Subjektivierung	450
aa) Die Vorschriften über die Sitzungsöffentlichkeit	450
bb) Das Stimmrecht: Zählwert oder Erfolgswert	453
2. Organexterne Rechtmäßigkeitskontrolle durch Ratsmitglieder	458
a) Kontrolle aus abgeleitetem Recht (Prozeßstandschaft)	458
b) Kontrolle aus eigenem Recht	463
II. Streitstand im Zivilrecht	469
1. Organinterne Rechtmäßigkeitskontrolle	469
a) Rechtmäßigkeitskontrolle im Aufsichtsrat	469
b) Rechtmäßigkeitskontrolle in der Hauptversammlung	471
c) Sitzungsöffentlichkeit und Erfolgswert der Stimme	472

2. Organexterne Rechtmäßigkeitskontrolle durch Aufsichtsratsmitglieder.....	474
a) Kontrolle aus abgeleitetem Recht.....	476
aa) Die Kontrollbefugnisse des Gesamtaufichtsrats	476
bb) Prozeßstandschaft der Aufsichtsratsmitglieder.....	478
b) Kontrolle aus eigenem Recht.....	483
aa) Herleitung aus §§ 116, 93 AktG.....	484
bb) Herleitung aus § 245 Nr. 5 AktG	485
cc) Herleitung aus den Mitwirkungsrechten (Holzmüller-Recht- sprechung).....	487
III. Stellungnahme	489
1. Die organinterne Rechtmäßigkeitskontrolle	489
a) Grundsatz: Keine objektive Rechtmäßigkeitskontrolle	489
b) Subjektivierung der Vorschriften über die Sitzungsöffentlichkeit	491
c) Subjektivierung des Erfolgswerts der Stimme.....	496
2. Die organexterne Rechtmäßigkeitskontrolle.....	498
a) Überwachungs- und Kontrollrecht der Organmitglieder	498
b) Prozeßstandschaft der Organmitglieder.....	499
c) Verletzung eigener Mitwirkungs- und Teilhaberechte	502
IV. Zusammenfassung.....	512
Gesamtergebnis.....	513
Zusammenfassung der Ergebnisse in Leitsätzen	518
Literaturverzeichnis	538
Sachwortverzeichnis.....	566